

des Referenten nicht dazu angetan, daß wir sie ohne weiteres ablehnen, weil Sie eben durch die Zustimmung zur Veröffentlichung des Referats gezeigt haben, daß Sie seine Bedeutung erkennen. Ich möchte daher vorschlagen, daß das Referat nebst Resolution und Amendement dem Parteivorstande als Material überwiesen wird, der die Sache gründlich durch eine Kommission vorbereiten läßt, in der ich nicht nur Juristen, sondern auch Mediziner, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsführer usw. sehen möchte, und daß einem späteren Parteitag darüber Bericht erstattet wird, mit einer nimmehr grundlegenden Thesenammlung. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender Singer: Ich verkenne durchaus nicht, daß die Begründung des Geschäftsordnungsantrages manches für sich hat. Wenn wir nicht in einer besonderen Lage wären, würde ich gegen den Antrag kaum etwas einzuwenden haben. — So liegt aber die Situation nicht. Daß der Parteitag mit den Thesen des Referenten einverstanden sein muß, ergibt sich aus dem Umstande, daß das Referat, welches diese Thesen begründet hat, mit großem Beifall entgegengenommen worden ist. Wenn ich auch nicht bestreiten will, daß man vielleicht im einzelnen irgend eine Einwendung machen kann, so haben Sie doch durch die Aufmerksamkeit, mit der Sie dem Referat gefolgt sind, und durch Ihren Beifall bewiesen, daß der Referent nach Ihrer Ueberzeugung einen richtigen Standpunkt eingenommen hat. (Sehr richtig!) Nun komme ich zu dem Antrag selbst. Wenn wir Zeit hätten, die von den Antragstellern vorgeschlagene umfangreiche Prozedur vorzunehmen, so würde ich nichts dagegen haben. Aber die Reform des Strafrechts steht jetzt im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung. Die Kommission, die eingesetzt worden ist, hat getagt und ihre Beschlüsse gefaßt, und es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich der Reichstag in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der Sache beschäftigen wird. Wenn wir nun den Parteivorstand beauftragen wollten, auf einem späteren Parteitag entsprechende Thesen oder Resolutionen diskutieren und beschließen zu lassen, dann können wir mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß wir mit unserer Auffassung gerade dann eintreffen, wenn die Angelegenheit bereits in der öffentlichen Meinung, oder gar gesetzgeberisch festgelegt ist. (Sehr richtig!) Der nächste Parteitag ist sehr belastet. Wir werden daher kaum imstande sein, diese Angelegenheit auf demselben zu erledigen. Aber in einer Zeit, wo die ganze öffentliche Meinung nach einer Reform des Strafrechts, des Strafprozesses und der Strafvollstreckung drängt, halte ich es für unbedingt notwendig, daß die sozialdemokratische Partei, die von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft zum Objekt dieses Strafprozesses und »Wollzugs gemacht wird, offen ausspricht und begründet, wie sie das Strafrecht, den Strafprozeß und Strafvollzug gestaltet haben will. Ich bin daher der Meinung, daß unbeschadet der Möglichkeit an einzelnen Bestimmungen zu ändern, wir mit gutem Recht diese vom Referenten vorgeschlagenen Thesen als den Ausdruck der Meinung der sozialdemokratischen Partei ansehen können. Da nach unserer Geschäftslage eine eingehende Erörterung der Thesen nicht mehr möglich ist, bitte ich Sie, dieselben en bloc anzunehmen und damit auszusprechen, daß sie mit dem Geiste und dem Inhalt der Thesen einverstanden sind, ohne daß der einzelne geäußerten ist, jeden Buchstaben der Thesen zu vertreten. Wenn wir so die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen, dann können sich die Vertreter im Reichstag auf den Willen der Partei berufen, dann ist dafür gesorgt, daß das Referat als Richtschnur für die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag angesehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Geschäftsordnungsantrag Jasper wird hiernach mit großer Mehrheit abgelehnt, und nach dem Antrag Singer die Thesen en bloc mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf folgt der Bericht der Reuenerkommission.

Berichterstatter Despodt-Beiz: Die Kommission hat diesmal sehr wenig Arbeit gehabt und ist schon nach kurzen Verhandlungen zu den Beschlüssen gekommen, die dem Parteitag vorliegen.

Es liegen drei Gesuche von früheren Parteigenossen um Wiederaufnahme vor. Erstens das des Gustav Wagner aus Stettin. Wagner hat in Stettin Verleumdungen schwerster Art gegen Parteigenossen an leitender Stelle ausgesprochen. Auf wiederholte Aufforderung hin hat er sich nicht herbeigelassen, sie zu beweisen. Danach ist der Ausschlußantrag gestellt worden und der Parteivorstand hat den Wagner aufgefordert, seine Schiedsrichter zu ernennen. Dies hat er aber nicht getan, worauf der Ausschluß perfekt wurde. Jetzt reicht er das Gesuch um Wiederaufnahme ein. Jedoch nach den Erklärungen Molkenbuhrs sind wir zu dem Resultat gekommen, dem Parteitag die Ablehnung dieses Gesuches zu empfehlen. — Zweitens das Gesuch des Herrn Schröder in Berlin IV. Ein Schiedsgericht tagte unter dem Vorsitze Eberts, und es ist bereits in dem Berichte angegeben, daß das Urteil gegen Schröder, wenn sich mildernde Umstände hätten finden lassen, diese mildernde Umstände auch in Betrachtung gezogen hätte. Es sind aber dem Schröder Handlungen nachgewiesen, die von uns als ehrlos bezeichnet werden. Der Mann soll angeblich damals in Rot gefahren sein. Die Kommission ist zuerst geneigt gewesen, dem Schröder zu empfehlen, nach gewisser Zeit von neuem ein Aufnahmegesuch zu stellen; nach den neuerdings aber gewordenen Aufklärungen müssen wir dem Parteitag die Ablehnung dieses Gesuches empfehlen. — Es folgt sodann das Gesuch des Herman Precht aus Heidelberg. In dem Schiedsgericht wurden dem Precht Verleumdungen schwerster Art nachgewiesen und deshalb sein Ausschluß beantragt. Auch erschien ein Artikel in einer gemäßigten Zeitung über interne Verhandlungen der Partei. Das Schiedsgericht ist zu der Anschauung gekommen, daß das ehrlose Handlungen sind und daß demgemäß der Ausschluß Prechts gerecht ist. Precht will sich nicht mit dem Urteil zufrieden geben und wendet sich deshalb an uns. Auch hier empfiehlt die Kommission die Ablehnung der Aufnahme.

Die drei Gesuche werden nach dem Antrage der Kommission ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Beratung der sonstigen Anträge.

Singer: Ich schlage vor, zunächst die Resolution 174 zu erledigen, der sich der Parteivorstand in seiner Gesamtheit anschließt. Es ist zu ihr das Amendement eingegangen, im dritten Absatz hinter »tatkräftig zu unterstützen« die Worte einzufügen: »alle Versuche einer direkten oder indirekten finanziellen Unterstützung des Zarismus durch das Ausland nach Kräften energisch zu bekämpfen.« Ich glaube, es würde die Bedeutung dieser Resolution, in der eine neue Demonstration gegen den russischen Despotismus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthalten ist, abschwächen, wenn wir es noch für nötig erachteten, ein Wort zur Begründung derselben zu vernehmen. (Sehr wahr!) Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Resolution ohne Diskussion einstimmig anzunehmen und damit aufs neue der Empörung der deutschen Sozialdemokratie über den fluchwürdigen Zarismus und der Sympathie der deutschen Sozialdemokratie für unsere russischen Genossen Ausdruck zu geben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Resolution wird mit dem Amendement ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Beratung der weiteren Anträge erfolgt nach Gruppen, und zwar werden zunächst die Anträge beraten, die sich auf die Jugendorganisation beziehen. Antrag: 77, 78, 81, 83 und 178.

Dr. Frank-Ramstein: Ich bebaure zunächst, daß wir nicht gestern das Vergnügen hatten, von der Genoffin Zeitin die Grundsätze dargelegt zu sehen, die uns im Süden in der Frage der Jugendberziehung geleitet haben. Ich muß

besteht kurz darauf eingehen. Man könnte sagen, daß es aus pädagogischen Gründen besser ist, die Politik bei der Jugendziehung aus dem Spiele zu lassen. Das wäre vielleicht begründet, wenn nicht die Gegner, namentlich auch gerade die Ultramontanen die Beeinflussung der Jugend in ihrem Sinne so betreiben würden. (Sehr richtig!) Wir halten es für außerordentlich wertvoll, daß die jungen Leute, wenn sie aus der Schule entlassen sind, die ganze Entwicklung durchmachen, welche die Partei selbst feinerzeit durchgemacht hat. Wie bei der Partei im Anfang die Arbeitsteilung noch nicht so durchgeführt war, wie damals politische, gewerkschaftliche, allgemein aufklärende Tendenzen in der Partei vereinigt waren, so soll jetzt jeder junge Mensch eine Zeitlang dieselbe Entwicklung durchmachen in einer Organisation, die alle diese Aufgaben in sich vereinigt, so wie das Kind im Mutterleibe nach dem biogenetischen Gesetz die ganze Entwicklung der Gattung durchmacht. Notwendig ist auch die Mischung der Berufe. Die jungen Leute sollen sich zuerst als Arbeiter fühlen, wenn sie in den gesonderten Berufsorganisationen die speziellen Interessen ihres Arbeitszweiges als Schlosser, Schuster oder Schreiner betreten. So entsteht das Klassenbewußtsein. Die Aufgaben, die sich die Jugendorganisationen stellen, sind dreierlei Art. Es soll die Durchführung der zum Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erlassenen Bestimmungen überwacht werden durch besondere Schutzkommissionen, es soll aufklärend gewirkt werden auf den Gebieten der Geschichte, der Naturwissenschaft und Volkswirtschaft, und für besonders notwendig halten wir auch die Aufklärung der Jugend, bevor sie zum Militär einberufen wird. Wir sollten uns da zum Beispiel ein Muster an den böhmischen Genossen nehmen. Diese haben es durchgeführt, daß während früher Tausende von jungen Leuten mit Sträufen geschmückt, gingen und johlend am Tage der Einberufung und der sogenannten Rekrutenberabschiedung durch die Straßen zogen, diese jungen Leute jetzt im Krauerflor und in ernster Haltung, ohne zu singen zur Musterung ziehen. Diese stumme Demonstration hat einen außerordentlich tiefen Eindruck auf die jungen Leute und auch auf die Aufsehenden gemacht. Wir wünschen nur, daß der deutsche Parteitag erklären möge: wir halten die Organisation der deutschen Jugend für notwendig, und betrachten sie als einen Bestandteil der allgemeinen Arbeiterbewegung. Abgesehen von Norddeutschland, wo die Vereinsgesetze zum Teil ein Hindernis bilden, ist es sehr wohl möglich, die Jugend zu organisieren. Heute schießen noch viele Eltern ihre Söhne in die Jünglingsvereine und die katholischen Gesellenvereine. Wenn aber diese Resolution vom Parteitag angenommen wird, so wird das für uns ein mächtiger Ansporn sein zur weiteren Arbeit, und Sie können sicher sein, daß es auch für die Entwicklung der allgemeinen Arbeiterbewegung von außerordentlichem Nutzen sein wird. Es schadet nichts, wenn junges Blut in die Bewegung hineinkommt und wenn andererseits die jungen Leute, die mit ihrem Latenbrang überall mitreden wollen, in der Partei dorthin verwiesen werden, wo sie Gelegenheit haben, gegenseitig von einander zu lernen. Die so herangebildeten Kräfte werden wiederum befruchtend auf die Partei einwirken. Alle Zeichen der Begeisterung, wie sie im Heroenzeitalter der Partei vorhanden waren, von denen die Alten heute immer schwärmen, die sind jetzt wieder lebendig unter der Jugend. Die neue Bewegung wird Großes leisten, wenn die jungen Leute die Gewißheit haben, daß hinter ihnen die ganze Arbeiterschaft steht, und daß man sie nicht mit scheelen Augen ansieht. Die Bewegung ist vorhanden und wird nicht verschwinden. Was auch der Parteitag tut, es handelt sich nur darum, ob wir eine Jugendbewegung haben wollen, die uns eine Stütze wird; ob wir sie regulieren wollen in dem Sinne, wie wir sie brauchen, oder ob wir sie wild wachsen lassen. Ich will nicht verschweigen, daß eine solche Jugendbewegung auch gewisse Gefahren hat. Wenn sich aber die

allen Parteigenossen rechtzeitig um die Jugend kümmern, so werden die Auswüchse vermieden werden. Ich bitte Sie, die Generalversammlung der jungen Garde, die morgen stattfindet, zu besuchen. Sie werden sehen, daß die jungen Menschen von erstem Streben und von Begeisterung erfüllt sind. Ich hoffe, daß der Mannheimer Parteitag für die Entwicklung der Jugendbewegung in Deutschland einen Markstein bedeuten wird. Ihr Ziel ist, die jungen Leute vor der Ausbeutung und die jungen Köpfe vor der Verdummung zu schützen. Dazu erbitten wir Ihre Hilfe. (Lebhafter Beifall.)

Lebhnacht-Berlin: In Norddeutschland können die Jugendorganisationen infolge der vereinsgesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich mit der Partei nichts zu tun haben, sie müssen sich auf gewerkschaftliche und Bildungsbestrebungen beschränken. Aber auch dort, wo die Jugendorganisationen nicht politische sind, sollte die Partei erklären, daß sie ihnen sympathisch gegenüber steht. Es ist Pflicht des Parteitages auch nach Norddeutschland den jungen Leuten zuzurufen: „Wir sind mit Eurer Tätigkeit einverstanden!“ Das würde die jungen Leute anspornen. Die deutschen Jugendorganisationen, auch in Norddeutschland, sind heute bereits unbeflegbar. Die Erfahrungen, die wir in der kurzen Zeit gemacht haben, sind die denkbar besten. Ich bitte Sie um ein einmütiges Sympathiebotum für die Jugendorganisationen. Damit nützen Sie der deutschen Arbeiterbewegung! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag von Singer wird der Antrag 176 einstimmig angenommen. Die Anträge 77, 78, 81 und 85 werden dem Bildungsausschuß überwiesen.

Damit sind die Anträge, die sich auf die Jugendorganisationen beziehen, erledigt. Auf die Organisationen der Partei beziehen sich die Anträge 13, 14, 15, 16, 17, 18, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 96, 106, 108, 122, 150 und 155.

Hier von sind die Anträge 90 und 93 zurückgezogen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Pfannkuch: Ich bitte alle diese Anträge von der Tagesordnung abzusetzen. Wir haben uns erst im vorigen Jahre ein neues Organisationsstatut gegeben, das das Produkt langer Beratungen der dafür eingesetzten Kommission war, die auch alle die Materien beraten hat, die die anliegenden Anträge behandeln. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier und da einzelne Unebenheiten sich geltend machen, aber man darf nicht aus örtlichen Verhältnissen heraus generalisieren. Ein Antrag von Teltow-Beeskow z. B. will, daß die Preßkommission des „Vorwärts“ eine andere Organisation erhält. Wenn Groß-Berlin in seiner Gesamtheit ein solches Bedürfnis hätte, so könnte man ja der Erörterung dieser Frage näher treten, aber daß man dem Antrag eines einzelnen Kreises von Groß-Berlin nachkommt, das würde nur in Berlin selbst den Grund zu Unstimmigkeiten legen. Das neue Statut besteht erst so kurze Zeit, daß man seine Wirkungen noch gar nicht übersehen kann. Ich bitte Sie deshalb, es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen und noch ein weiteres Jahr der Entwicklung abzuwarten. Es geht nichts verloren, wenn die Anträge heute abgesetzt werden.

Hug-Dant: Ich bitte, den Antrag Pfannkuch abzulehnen. Es haben sich, wie die Anträge beweisen, schon jetzt fühlbare Mängel im Organisationsstatut herausgestellt, die man mit Leichtigkeit beseitigen kann.

Entsprechend dem Antrag Pfannkuch werden die auf die Organisation bezüglichen Anträge von der Tagesordnung abgesetzt.

Mit der Parteipresse beschäftigen sich die Anträge 27, 28, 30, 31, 36, 37, 44, 128. — Antrag 27 ist zurückgezogen. — Die Anträge 28, 30, 31, 44 werden nicht unterstützt. Es stehen also nur die Anträge 36, 37 und 128 zur Debatte.

Antrag 86 wird ohne Debatte angenommen. — Den Antrag 87 be-
gründet

Himmel-Hamburg: Nach Annahme des vorigen Antrages kann ich ganz
kurz sein. Die Ausstattungen der letzten Festsetzungen haben in Hamburg geradezu
verblüffend gewirkt. Obwohl Genosse Fischer seinerzeit erklärte, man werde
etwas vorzichtiger sein, scheint man sich geradezu bemüht zu haben, noch etwas
Wunderwertigeres zu schaffen. (Sehr richtig!) Daher muß endlich entschieden
ausgesprochen werden, daß die Parteigenossen in künstlerischer Hinsicht etwas
höhere Ansprüche stellen. (Lebhafter Beifall.)

Hannuk: Auch der Parteivorstand ist von der Notwendigkeit überzeugt,
den in diesem Antrage ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen. (Bravo!)
Es wäre das bereits früher geschehen, wenn die engagierten Kräfte nicht verlangt
hätten. Es ist Vorfrage getroffen, daß in Zukunft den berechtigten Wünschen
der Genossen in dieser Beziehung Rechnung getragen wird. (Bravo!) Der
Antrag 87 wird hierauf angenommen. Damit ist Antrag 128 erledigt.

Singer: Um die kurze Zeit vor der Mittagspause auszunutzen, wollen wir
jetzt die Anträge vornehmen, die sich mit dem Ort des nächsten Partei-
tages beschäftigen. Von allen Anträgen unterscheidet sich der Antrag 100
dadurch, daß er eine dauernde feste Praxis für die Abhaltung der Parteitage
festlegen will und zwar dahin, daß sie regelmäßig in Berlin stattfinden. Dieser
Antrag wird nicht unterstützt. Ebenso werden nicht unterstützt die
Anträge 124, 125, 127 und 143. Zur Begründung des Antrages 151 erhält
das Wort

Hennis-Leipzig: Schon des öfteren haben die Leipziger Delegierten auf
den Parteitagen diesen Antrag gestellt. Leider ist er immer abgelehnt worden.
Leipzig ist die einzige Großstadt, die bis jetzt den Parteitag nicht gehabt hat.
Weiter hieße es Wasser in den Rhein tragen, wenn ich auf die historische Be-
deutung Leipzigs und seine Bedeutung für die Parteigeschichte hinweisen wollte.
Dazu kommt, daß Leipzig in bezug auf Organisation sehr hoch steht. Es zählt
17 400 organisierte Parteigenossen und 54 000 Gewerkschafter. Ich erinnere
weiter an die bedeutenden Konsumvereine in Leipzig und an die großen Bildungs-
bestrebungen, die dort gepflegt werden. Die Lokalverhältnisse liegen sehr günstig:
Wir haben uns durch zähe Arbeit schöne, große Räume zu verschaffen gesucht,
und wir würden alles anbieten, um Jinen die acht Tage so angenehm wie
möglich zu machen. Sie würden sicher alle sagen: Mein Leipzig lob' ich mir.
(Weiterer Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 125, den Parteitag in Stettin abzuhalten,
zwar nicht genügend unterstützt wurde, daß aber ein gleichlautender, bereits
genügend unterstützter Antrag vorliege.

Zur Begründung dieses Antrages erhält das Wort

Groth-Stettin: Ich bitte Sie, einmal in Pommern, in dem Bereiche des
Zimertums, den Parteitag abzuhalten. Unser Antrag hat schon in Bremen und
Jena eine große Stimmzahl erhalten. Die Lokalverhältnisse in Stettin sind
natürlich nicht so hervorragend wie hier, aber wir würden doch den Ansprüchen
des Parteitages voll genügen können. Gaben wir doch auch in diesem Jahre
den Genossenschaftstag beherbergt.

Den Antrag 151, den Parteitag in Essen abzuhalten, begründet

Rimberg-Essen: Wir stellen zum erstenmal den Wunsch an den Parteitag,
nach dort zu kommen und zwar vor allem mit Rücksicht auf die politische
Konstellation. Es würde auf die Wahlen im Jahre 1908 ungeheuer lebendig
wirken, wenn wir der schwarzen Woche im Jahre 1903 eine rote Woche im
Jahre 1907 folgen lassen könnten. (Lebhafter Bravo!) Leipzig braucht den
Parteitag nicht so nötig wie das Ruhrgebiet. Die Unterbringung des Partei-
tages in Essen würde keine Schwierigkeiten machen. Die Schwarzen haben

5 bis 6000 Menschen dort anständig untergebracht. Eine so große Empfangshalle
wie in Mannheim freilich gibt es in ganz Deutschland nicht mehr. Wir werden
uns aber überlegen, ob wir nicht dem Beispiel der Schwarzen folgen und eine
besondere Festhalle zum Empfang des Parteitages bauen. Ich bitte Sie dringend,
unseren Antrag anzunehmen, Sie würden damit die Agitation in diesem schwarzen
Winkel unseres Vaterlandes ungeheuer fördern. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion über die Anträge verzichtet Wähler-Essen mit
Rücksicht auf den Beifall, den die Ausführungen des Vorredners gefunden haben,
auf das Wort. (Bravo!)

Es wird hierauf mit großer Mehrheit und unter lebhaften Bravorufen
beschlossen, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten.
Der Verband jugendlicher Arbeiter ladet die Delegierten zum Besuch seiner
am Sonntag stattfindenden ersten Generalversammlung ein.
Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet um 1 Uhr die Sitzung.

Der Parteitag berät die Anträge, die die Agitation betreffen.
Von den hierzu vorliegenden Anträgen werden genügend unterstützt:
25, 33, 45, 114 und 156.

Die Anträge 10, 22, 23, 26, 34, 40, 41, 42, 117, 131 Abs. 2, 134, 140,
141 werden nicht unterstützt.

Den Antrag 114 begründet

Dr. Liebknecht-Berlin: Auf dem Pariser Internationalen Kongreß von
1900 ist nach einem Referat der Genossin Luxemburg beschloffen, den Parteien
aller Länder einen besondern energischen Kampf gegen den Militarismus zur
Pflicht zu machen. Dieser Beschluß ist damals einstimmig gefaßt, also auch
mit Zustimmung der deutschen Delegierten.

Wie steht es aber mit der Ausföhrung des Beschlusses?

Daß der Militarismus nicht identisch ist mit der bewaffneten Macht, dem
stehenden Heer, daß er vielmehr — von seiner internationalen Bedeutung ganz
abgesehen — eine höchst verwickelte und verzweigte Erscheinung ist, die alle
möglichen Gebiete unseres wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens
durchdränkt, braucht in dem Jahre des Marokkonoflikts, des 1200 Millionen-
Militäretats, in dem Jahre, das den 21. Januar, das Nürnberg, Magdeburg
und jüngst noch Landau gesehen hat, am wenigsten betont zu werden. (Sehr
gut!) Ebenjowenig bedarf es der Hervorhebung, daß der Militarismus das
wichtigste derjenigen brutalen Machtmittel ist, durch die sich die herrschende
Klasse der kapitalistischen Gesellschaft einen organischen Fortentwicklung gewalt-
sam entgegenzustellen sucht, und durch die sie eine solche Entwicklung in einem
gewissen Sinne und Umfange zu hemmen vermag gegen die Demokratie, gegen
den Willen der Mehrheit des Volkes. Die Bekämpfung dieser komplizierten
und gefährlichen Erscheinung ist natürlich auch kompliziert und gefährlich. Ich
mache keinen Hehl daraus und täusche mich nicht darüber. Die Empfindlichkeit
unseres Klassenstaats in dem Punkte Militarismus ist naturgemäß außer-
ordentlich. Sie steht in direktem Verhältnis zu dem bösen Gewissen der
herrschenden Klassen gegenüber dem Proletariat, und zu der Angst um den
Verlust ihrer Machtstellung. Mit allgemeinen Redensarten und Anfeuerungen
ist da nicht genug getan. Die notwendige Agitation ist zu schwierig, eigen-
artig und verwickelt, als daß sie innerhalb der allgemeinen Agitation genügend
wirksam würde betrieben werden können. Sie bedarf eines besondern Plans,
einer besondern Beweglichkeit und Aktivität. Daher ist eine besondere Agitation

nötig, und damit diese besondere Agitation erfolgreich betrieben werde, muß sie durch eine besondere Zentralinstanz geleitet werden.

Es ist Ihnen allen wohlbekannt, in welchem Umfange unsere Bundesparteien, besonders in Frankreich und Belgien, sich mit der antimilitaristischen Propaganda befaßt haben, und mit welchem Erfolg. In Deutschland sind wir auf diesem Gebiete noch weit zurück und haben zur Ausführung des Pariser Beschlusses so gut wie nichts getan.

Unser Antrag schlägt Ihnen nur die Einsetzung eines Ausschusses vor, über dessen Konstituierung näheres nicht gesagt zu werden braucht. Ebenso ist es unmöglich und überflüssig, das Einzelne seiner Obliegenheit hier festzulegen; das wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein und bedarf einer genauen Uebersetzung und Prüfung. Selbstverständlich gedenken wir uns sorgfältig innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu halten.

Daß der Ausschuß, wenn er klar und verständig ist, keine nennenswerten Gefahren zu besorgen hat, unterliegt für mich kaum einem Zweifel. Der Antrag 114 ist so vorsichtig gefaßt, daß ihm gegenüber alle die Ängstlichkeiten und Besorgnisse, die in Deutschland gegenüber dem Antimilitarismus geradezu traditionell sind, in die Luft verfliegen müssen. Sie haben gestern die Einsetzung eines Bildungsausschusses beschlossen, der da sein soll ein Generalstab im Kampf gegen den Unverstand der Massen, den Feind, den wir am meisten hassen. (Sehr gut!) Beschließen Sie, so bitte ich Sie sehr noch, die Schaffung dieses antimilitaristischen Ausschusses als eines Generalstabs gegen den Militarismus, das heißt gegen das stärkste Bollwerk des Kapitalismus, das uns noch lange widerstehen kann, wenn wir den Unverstand der großen Masse längst überwunden haben werden (lebhafteste Zustimmung), gegen den Militarismus, durch den der Kapitalismus sich vor der demokratischen Entwicklung verschängt, sie verfährt, und der unser Volk aufs schlimmste brutalisiert und barbarisiert. Wenn Sie den Antrag annehmen, erfüllen Sie damit nicht nur Ihre Pflicht gegenüber dem Pariser internationalen Kongreß, sondern Sie tun damit für die deutsche Arbeiterbewegung auch einen guten Schritt vorwärts. Ich bitte Sie, ihm möglichst einmütig zuzustimmen. (Beifall.)

Webel: Gegen den Antrag 25 haben wir keine Bedenken, da er einfach bestätigt, was im vorigen Jahre beschlossen worden ist. Ich möchte nur wünschen, daß die Parteigenossen es sich künftig mehr überlegen, ehe sie Anträge einreichen, damit sie uns nicht mit Anträgen kommen, die schon erledigt sind. (Sehr gut!) Infolge des Beschlusses des vorigen Parteitages hat der Vorstand ein Flugblatt ausgearbeitet. Wir werden ähnlich auch in künftigen Jahren vorgehen. Sache der Parteigenossen wird es sein, ihrerseits die Agitation weiter zu betreiben. Gegen den Antrag 114 erklären wir uns auf das entschiedenste, selbst auf die Gefahr hin, daß wir als Schwarzseher oder für noch schlimmeres angesehen werden. (Heiterkeit!) Wir sind es gewohnt, daß kein Jahr vergeht, wo aus dem Wahlkreise Potsdam-Dahlemerland nicht derartige Anträge kommen. (Heiterkeit!) Wir sind es auch gewohnt, daß dann regelmäßig zur Begründung auf die Vorgänge im Ausland hingewiesen wird, wobei nur der kleine Unterschied übersehen wird, daß die Verhältnisse in Frankreich und Belgien ganz andere sind, wie in Deutschland, daß dort viel geredet und getan werden kann, was in Deutschland nicht möglich ist. Nun verlangt man heute sogar einen besonderen Ausschuß für antimilitaristische Agitation. Wie er gewählt wird, aus wie viel Personen er bestehen soll, welche Kompetenzen er haben soll, davon ist in dem Antrag keine Rede. Er tritt zusammen, macht seine Propagandapläne, kommt mit seinen Beschlüssen: und wir vom Parteivorstand haben nichts weiter zu tun, als die Mittel der Partei zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen; ein Recht zu prüfen, ob die Arbeiten des Ausschusses auch im Interesse der Partei liegen, haben wir nach dem Antrage nicht. (Ausruf: Selbstverständlich!) Auf

etwas derartiges wird sich der Parteivorstand niemals einlassen, und wenn Sie das beschließen, dann bitte, wählen Sie ihre besonderen Organe dazu. Wir machen das nicht mit; dazu haben wir ein viel zu großes Verantwortlichkeitsgefühl. (Lebhafteste Zustimmung.) Es ist auch falsch, wenn Liebknecht sagt, selbst wenn wir die allgemeine Aufklärung haben, sind wir immer noch nicht so weit, daß wir mit dem Militarismus fertig werden können. Das ist die reine Ideologie von Liebknecht. Wenn das Maß der Reminisse im deutschen Volke vorhanden ist, das er voraussetzt, dann räumen wir allerdings auch mit dem Militarismus auf. (Sehr richtig!) Lehnen Sie den Antrag ab. Wir haben gar nicht nötig, einen solchen Ausschuß einzusetzen. Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die systematischer den Kampf gegen den Militarismus auch im Parlament führt, wie gerade die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafteste Zustimmung.) Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die seit 30, 40 Jahren so systematisch das Budget für militärische, koloniale und Marinezwecke abgelehnt hat, wie in Deutschland. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Da sollte man uns doch nicht weiter in eine Agitation hineindrängen wollen, während wir durch unsere bisherige Agitation auch das erreichen, was erreicht werden muß. (Lebhaftester Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Die Bedenken von Webel sind nicht stichhaltig. Ich habe nicht bestritten, daß die Partei ihre Schuldigkeit im Kampfe mit dem Militarismus im Parlament und Presse tut. Aber das genügt gegen diesen Feind nicht. Selbstverständlich soll der Ausschuß unter Kontrolle der Parteileitung stehen. Die Interessen der Partei dürfen durch seine Wirksamkeit in keiner Weise geschädigt werden. Er soll nur ein besonderes Organ sein, das eine besondere Funktion innerhalb der Propaganda auszuführen hat, und ein solches Organ brauchen wir, wenn wir unsere Schuldigkeit tun wollen. Dabei bleibe ich, trotz aller Ausführungen Webels.

Christi-Breslau: Ich habe bisher überhaupt noch kein Flugblatt des Parteivorstandes gegen den Militarismus gesehen. (Hört! Hört!) Ich gebe zu, daß wir den Kampf gegen den Militarismus führen, aber wir müssen ihn in verstärktere Bahnen lenken. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, der heutigen Gesellschaft ihre größte Stütze zu entziehen; denn das Militär steht ihr jederzeit zur Verfügung. Die Schwierigkeiten des Kampfes sind die denkbar größten. Wir dürfen uns nicht auf große Aktionen verlegen, sondern wir müssen uns auf unablässige Erziehungs- und Kleinarbeit beschränken. Wir müssen den Kindern zeigen, wie die Lesebücher schon verpestet sind, und wie das Soldatentum dazu bestimmt ist, aus den Menschen eine Bestie zu machen, die mit blinder Wut alles Menschliche zerstört. (Zustimmung.) Ich erinnere an die kolonialen Grauel. Ganz systematisch muß unsere Aufklärung vor sich gehen. Wir müssen den Leuten auch das Wahnsinnige eines Krieges vor Augen führen. Zeigen wir dem Militarismus die Narbe vom Gesicht, zeigen wir dem Volke seine wahre Gestalt. Erziehen wir die Jugend zur Menschlichkeit und unsere kräftigste Erziehungsarbeit wird in der Zukunft belohnt werden. (Bravo!)

Mollenhuth: Ich halte es für eine vollständig falsche Auffassung, wenn man glaubt, daß man innerhalb des kapitalistischen Staates den Militarismus so vollkommen beseitigen kann, daß der kapitalistische Staat fortbesteht oder umgekehrt, daß man den kapitalistischen Staat beseitigen kann und daß schließlich der Militarismus fortexistiert. Beide sind Glieder eines einzigen Körpers. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen, wenn wir den Sozialismus verbreiten, die ganze Grundlage, auf welcher der Militarismus gedeihen und blühen kann. (Sehr richtig!) Ich halte es für verfehlt, Einzelercheinungen herauszu-

greifen. Der weitaus größte Teil unserer ganzen Aktion wendet sich ja gegen den Militarismus, und da wollen Sie nun noch eine ganz besondere Agitation dagegen allein schaffen. Wie will man das überhaupt anfangen? Will man ebenso wie 1848 gegen die Soldateska in recht großen Kraftausdrücken sich ergehen, ohne ihre Grundlage anzugreifen? Das könnte leicht dabei herauskommen. Wir bekämpfen fortwährend den Militarismus, wir bewilligen nicht das Geld, das dafür gefordert wird, und gerade damit treffen wir ihn an der empfindlichsten Stelle. Daß der Vorredner kein Flugblatt gesehen hat, ist eine Seltenheit. Ich glaube, es wird in diesem Saale außer den Breslauer Genossen niemand sein, dem das Flugblatt noch nicht zu Gesicht gekommen ist. (Sehr wahr!) Der Ausschuß, der beantragt ist, würde wahrscheinlich die gleiche Agitation entfalten, die wir schon bisher seit Jahrzehnten entfaltet haben. Wenn man lediglich die Agitation auf einen einzelnen Punkt konzentriert, würde die sozialdemokratische Agitation darunter leiden. (Beifall.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Wir haben noch niemals erkannt, daß der Militarismus eine Begleiterscheinung des Kapitalismus ist und daß es keine bessere Bekämpfung des Militarismus gibt, als den Kampf gegen den Kapitalismus. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß das Wesen des kapitalistischen Militarismus wandlungsfähig ist. Ebenso wie wir unsere Agitation in bezug auf die Verhältnisse derer, die nicht im bunten Rock stecken, vielfach spezialisieren, ebenso berechtigt ist eine besondere Bekämpfung des Militarismus. Ich gebe zu, daß wir vorzügliches Material zu diesem Kampfe haben, aber dieses Material wird nicht an die richtige Stelle gebracht. (Widerspruch.) Die Schwierigkeit der Agitation liegt nicht so sehr in der Beschaffung des Materials, als vielmehr in der Zuleitung desselben, dorthin, wohin es in erster Linie gehört. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, so wird Koisdam-Ostfriesland trotzdem alle Jahre damit wiederkommen. (Heiterkeit.) Nach den Worten Mollenhuths darf ich aber wohl darauf rechnen, daß Sie beide Anträge annehmen und damit ein Werk vollenden, das den Parteitag würdig abschließt.

Schütz-Breslau: Nach den Ausführungen Ehrlichs konnte es so scheinen, als ob die Partei in Breslau keine Ahnung von dem Flugblatt hat. Die Parteileitung hat ein solches erhalten. Sie hat sich damit beschäftigt, eine große Anzahl bestellt, und wahrscheinlich ist die Verbreitung bereits erfolgt.

Webel: Daß ich Liebknecht von seinen Anschauungen über die Agitation gegen den Militarismus nicht abbringen kann, davon bin ich überzeugt. Was alles hier über die moralische, politische und soziale Verderblichkeit des Militarismus gesagt worden ist, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit unter uns, auch über die Notwendigkeit, die Jugend über den Militarismus und seine Schutzlosigkeit aufzuklären, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Wohl aber gehen wir auseinander über die Mittel der Aufklärung und Bekämpfung. Wir können uns nicht auf eine einseitige antimilitaristische Agitation festlegen. Gaben wir nicht eine Literatur, stärker als in irgend einem anderen Lande, die darüber Aufklärung schafft? Man soll das Material zusammentragen, es steckt in den parlamentarischen Handbüchern, in Parlamentsreden, in jedem Bericht an den Parteitag, in zahllosen Flugblättern usw. Wir können doch die Partei nicht mit Material gegen den Militarismus überfüllen, dann würde die ganze übrige Agitation in den Hintergrund treten. (Sehr richtig!) Es ist mir unverständlich, wie man uns Belgien vorhalten kann. Ein Land, das militärisch gar nichts bedeutet und dessen Armee sich mit der preussischen Heeresorganisation gar nicht vergleichen kann. In Frankreich ist es ganz ähnlich. Dort ist die antimilitaristische Agitation erst in den letzten zwei Jahren betrieben worden. (Liebknecht: Ganz vortrefflich!) Nein, so einseitig und übertrieben (Rebhafter Zustimmung), daß ich mich bedanken würde, wenn man in

Deutschland das gleiche täte. (Bravo!) Und in Deutschland liegen die Dinge nach dieser Richtung hin etwas anders. Ueber alles, was mit dem Militarismus zusammenhängt, seine Wirkung auf das Materielle, auf das Moralische, auf das soziale Leben, über all das bekümmen unter uns gar keine Meinungsverschiedenheiten. Darüber mag jeder reden und schreiben, soviel er will. Aber diese spezielle, einseitige Hervorhebung einer antimilitaristischen Agitation würde unserer Partei einen ganz anderen Charakter verleihen. Der Breslauer Genosse sagt, er hat das Flugblatt des Parteivorstandes nicht gesehen. Ja, wie kann er dann zu dem Antrag kommen, in dem ausdrücklich davon die Rede ist, daß der Parteivorstand ein Flugblatt herausgegeben hat? Wenn Sie das nicht gelesen haben, so haben Sie sich einer Pflichtvergessenheit schuldig gemacht. Dafür kann doch der Parteivorstand nichts. (Heiterkeit. Sehr gut!) Aber so leichtfertig werden Anträge eingereicht. Der Breslauer Vertreter müßte über seine Rede, die zeigt, daß er den Inhalt des von ihm vertretenen Antrages nicht kennt, selbst erröten. (Heiterkeit.)

Der Antrag 114 wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag 25 wird ebenfalls abgelehnt.

Den Antrag 33 begründet

Brubns-Kattowitz: Der Antrag 33 fordert vom Parteitag die Ermächtigung für den Parteivorstand, die Mittel zur täglichen Herausgabe der jetzt zweimal wöchentlich in kleinstem Formate erscheinenden polnisch-sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza“ herzugeben. Dieser Antrag kommt von den deutschen Genossen Oberschlesiens und ist in allen Orten einstimmig angenommen. Sie erfahren daraus, welche Bedeutung die deutschen Genossen dieser Forderung beilegen. Wir wissen sehr wohl, daß wir damit außerordentlich große Mittel der Gesamtpartei beanspruchen, aber die Verhältnisse zwingen uns zu dieser Unbescheidenheit. Die beiden ober-schlesischen Reichstagsnachwahlen haben gezeigt, daß die zu 80 Prozent polnische Arbeiterbevölkerung in ihrer großen Mehrheit sich einer rein nationalen Bewegung zuwendet. Die Politik der Unterdrückung und Entnationalung, die in Preußen gegen die Polen geübt wird, hat die nationalen Instinkte der bisher Indifferenten, ihr Rechtsgefühl, entflammt, und ein gewandtes nationales Demagogentum weiß diese Situation auszunutzen. Es kommt dem langsam erwachenden Klassengefühl der Arbeiter entgegen, indem es sich als die Vertreterin nicht nur der nationalen, sondern auch der besonderen Arbeiterinteressen darzustellen weiß. Im Grunde sind diese radikal schillernden polnischen Volksretter durchaus reaktionär, trotz des sabenscheinigen demokratischen Mantels, den einige umhängen. Uns Sozialdemokraten haßen sie als gefährlichste Konkurrenten in der Gunst der Arbeiter und sie verkleunden uns in der perfidesten Weise, obwohl sie wissen, daß den Polen in Preußen erst dann ihr Recht werden wird, wenn die Sozialdemokratie die politische Macht erobert hat. (Zustimmung.) Die Mittel zur systematischen Verleumdung unserer Bestrebungen bietet den Polen ihre weitverbreitete Presse. Im ober-schlesischen Industriebezirk erscheinen nicht weniger wie fünf national-polnische Blätter, drei davon täglich, zwei dreimal wöchentlich. Gewiß wird das ober-schlesische Zentrum von den Polen abgewürgt, diese Arbeit ersparen sie uns. In den Polen aber ist uns ein viel gefährlicherer Gegner entstanden, den wir selbst zur Strecke bringen müssen, und dazu ist eine gute Presse das beste Mittel. Ober-schlesien ist ein Land unbegrenzter politischer Möglichkeiten. Das Volk ist dort noch sehr der Kirche angetan, aber es ist trotzdem revolutionär, richtiger vielleicht rebellisch gesinnt. Schauen Sie auf den dicht an unserem Bezirk liegenden russisch-polnischen Industriebezirk. Die dortige stammverwandte Bevölkerung ist ebenso fromm wie unsere, aber dort lodern die revolutionären Flammen hoch empor. Dort drüben zieht das Arbeitervolk am 1. Mai in Scharen mit der roten Fahne hinaus, aber auf diese Fahne ist ein weißes Kreuz geheftet, und mit dieser Fahne zieht man zunächst in die Kirche, um sie

vom Pfaffen segnen zu lassen. Welche hohe politische Bedeutung die Eroberung des gewaltigen ober-schlesischen Industriebezirks für die Sozialdemokraten schon jetzt hat, brauche ich hier nicht zu sagen. Wohl aber will ich hinweisen auf die in naher Zukunft noch riesenhaft wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Bezirks. Wenn in Rußland die Revolution gesiegt haben wird, wird Rußland sich auch wirtschaftlich ungeheuer entwickeln. Das aber wird von gewaltigem Einfluß auch auf den ober-schlesischen Industriebezirk sein. Kann und darf da der ober-schlesische Bezirk bleiben, was er jetzt noch ist, eine unererschöpfliche Quelle von Arbeitswilligen? Last not least noch ein Hinweis auf die vollzogene Einigkeit mit unseren polnischen Genossen. Wir haben in Ober-schlesien allerseits erkannt, daß wir die großen Aufgaben dort nur in einiger, gemeinsamer Arbeit erfüllen können. Wenn Sie die tägliche Herausgabe des Blattes beschließen, dann geben Sie damit den polnischen Genossen eine schneidige Waffe in die Hand, die diese führen werden im Kampfe für die gemeinsame Sache. Sie geben ihnen aber damit zugleich einen Beweis für die Brüderlichkeit, die unser aller Herzen erfüllen soll, Sie drücken das Siegel auf den neu-geschlossenen Bund der polnischen und deutschen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Adamek-Kattowitz: Ich kann mich dem Antrage nur anschließen. Der ober-schlesische Industriebezirk ist nach dem Ruhrrevier der größte. Die Proletarier werden da so ausgebeutet, wie in keinem anderen Bezirke Deutschlands. Die 150 000 Proletarier der Montanindustrie haben im vorigen Jahre für 582 Millionen Mark Werte geschaffen, während sie an Lohn nur 143 Millionen Mark erhielten; aber nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Pfaffen beuten sie aus. Die ober-schlesischen Proletarier sind den Ideen des Sozialismus sehr wohl zugänglich, und dazu soll der Ausbau des Blattes dienen. Wir müssen auch diesen Genossen die Möglichkeit geben, mitzukämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Notwendigkeit einer täglich erscheinenden polnischen Zeitung liegt auf der Hand. (Beifall.)

Kranzsch: Gegen das, was Bruhns über die Verfassung des ober-schlesischen Industriebezirkes gesagt hat, läßt sich nichts einwenden. Ich bitte aber trotzdem, den Antrag hier nicht anzunehmen, sondern ihn dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Hier im Plenum können wir einen solchen Antrag nicht annehmen.

Gerisch und ich waren vor wenigen Wochen in Kattowitz, um uns über die Vorbedingungen zu informieren. Sie können sicher sein, daß wir den Antrag nicht begraben. Aus begrifflichen Gründen unterlasse ich es, das Resultat unserer Untersuchungen hier mitzuteilen. Die ober-schlesischen Genossen polnischer und deutscher Zunge können sich über den Parteivorstand nicht beschweren. Wir haben reichliche Mittel für sie aufgewandt. Leider bisher nicht mit dem nötigen Erfolge. Sie wissen aber, wie reiflich man die Vorbedingungen für das Erscheinen eines Blattes prüfen soll. Ueber die Notwendigkeit der Herausgabe von Blättern in allen Kreisen, wo noch keine vorhanden sind, streiten wir nicht. Diese Notwendigkeit erkennen wir stets an. Es fragt sich nur, ob die Möglichkeit gegeben ist. Die Parteileitung muß doch am besten wissen, welche Verpflichtungen sie in dem nächsten Jahre zu erfüllen hat. Gaben wir uns in Ober-schlesien erst einmal engagiert, dann gibt es kein Zurück mehr, dann muß der Kelch bis zur Reize geleert werden. Der Parteivorstand wird nach wie vor alles tun, was im Interesse der Agitation in Ober-schlesien notwendig ist. Er wird, wenn sie den Antrag ihm überweisen, ihn dann ausführen, wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Auf Antrag Konrad-Machen wird die Debatte geschlossen. Der Antrag 33 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 45 wird auf Antrag Bühler-Essen, der mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf die Begründung verzichtet, ohne Debatte dem Parteivorstand überwiesen.

Den Antrag 156 begründet

Felsmüller-Birmasens: Die Parteien, die den Zollraub verübt haben, müssen noch vor den nächsten Wahlen vor dem ganzen Lande gebankrottet werden. Wir haben ja auch eine ganze Reihe Agitationsschritten, aber keine derselben behandelt die Wirkungen des Zolltarifs, wie sie sich jetzt äußern. Diese Lücke muß ausgefüllt werden. Wir müssen dem Volk die Augen öffnen und es aufklären über die Sünden der Zollwucherer. (Sehr richtig!) Darin liegt eine gute Agitation für die nächsten Wahlen. (Bravo!)

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Resolutionen 102, 110, 116 und 172.

Bei der Unterstützungsfrage für die Resolution 102 vermerkt

Singer: Gemiß, solch Antrag muß unterstützt werden; aber wenn etwas überflüssig ist, so ist es dieser Antrag. (Sehr richtig!) So viel wissen die Genossen doch schon, daß sie verpflichtet sind, eine Parteizeitung zu abonnieren. (Sehr wahr!) Diejenigen, welche das nicht tun, werden sich auch durch Parteitagbeschlüsse nicht dazu bewegen lassen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Zum Antrag 110 bemerkt

Singer: Wir sind jetzt nicht in der Lage, eine Programmänderung vorzunehmen. Ich schlage vor, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

Es wird so beschlossen.

Den Antrag 116 begründet

Gehrman-Verlin: Ined des Antrages ist Fingerzeige zu geben für die Stellung der Partei gegenüber den anderen Parteien. Die Resolution Rebel in München ging dahin, daß wir bei Stichwahlen für diejenigen eintreten, die für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sind. Inzwischen haben die Freisinnigen gezeigt, daß ihnen die Konserbativen Landtagswahlen gezeigt. Ich habe sie bei den preussischen Landtagswahlen gezeigt. Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen, damit dem Parteivorstand und den Genossen im Lande die Möglichkeit gegeben wird, auf dem nächsten Parteitage ihre Meinung zur Geltung zu bringen.

Rebel: Gehrman hätte nach seinen Ausführungen eigentlich beantragen müssen, die Resolution dem Vorstand zu überweisen. Er verlangt eine bestimmte Stellungnahme, und das können wir heute unmöglich beschließen. Ich bitte Sie daher, den Antrag, falls er nicht zurückgezogen wird, von der Tagesordnung abzusetzen, weil wir auf dem nächsten Parteitag sowieso Stellung zu dieser Frage nehmen müssen. (Sehr richtig.)

Der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt Resolution 172.

Frau Zies führt zur Begründung aus: Die Resolution spricht eigentlich für sich selbst. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nur wenige Worte. Sie alle sind davon unterrichtet, daß fortgesetzt die Zahl der Fälle von grausamer Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung der Kinder zunimmt. Ausbeutung, Verwahrlosung und Mißhandlung nicht nur durch fremde Personen, sondern auch durch die eigenen Eltern und Pfleger. Wir sehen ferner, daß die Rechtsprechung in solchen Fällen Urteile fällt, die genau so im strittigsten Gegenstand zum Rechtsbewußtsein des Volkes stehen, wie jene harten und grausamen Urteile gegen Arbeiter, die im Kampfe um Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Klassengenossen stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Kinder, die so ver-

handelt werden, dann den Eltern oder Pflegern genommen werden, weisen sie der Zwangsverziehung überweisen und hier verbindet sich das vermaledeute Pfaffenamt mit der Ausbeutung, um diese zarten Menschenpflanzen von vornherein der weiteren Verrohung in die Arme zu liefern. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß man diese Kinder von vornherein nicht betrachtet als Kinder, die eine liebevolle Pflege notwendig haben, sondern als Kinder, die ihrer Veranlagung und Erziehung nach Verbrecher sind, die man mit möglichster Strenge und Härte erziehen muß. (Sehr richtig!) Wenn diese Kinder dann später ins Leben hinaustreten, dann sind sie nicht nur mit dem Makel behaftet, daß sie der Zwangsverziehung überweisen waren, daß sie so und so lange unter Polizeiaufsicht standen, sondern die Erziehung ist auch so, daß sie sehr oft auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden. (Sehr wahr!) Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen, unserer Resolution zuzustimmen und in ihrem Sinne zu wirken. Wir alle sind überzeugt, daß durch eine gute Erziehung, wie wir sie fordern, der junge Menschengestalt geformt werden kann. (Sehr richtig!) Wenn wir aber von dieser Ueberzeugung durchdrungen und wenn wir empört sind über die Behandlung, die den Kindern zuteil wird, dann müssen wir aber auch im Sinne der Resolution wirken. Die Kinder müssen so erzogen werden, daß man die heranwachsenden Menschen in ihnen achtet, und daß sie brauchbare Mitglieder der Gesellschaft werden. (Lebhafter Beifall.)

Krausemann - Neuruppin: Wenn wir die Ausbeutung der der Fürsorgeerziehung überlieferten Kinder auf dem Lande betrachten, so müssen wir die Resolution unbedingt annehmen. Um dem ländlichen Arbeitermangel abzuhelfen, nimmt man kindliche Arbeitskräfte auf das Land. Ich bin wegen eines ähnlichen Ausspruches ja einmal unter Anklage gestellt und auch verurteilt worden, aber die Tatsache der Kinderausbeutung ist vor Gericht durch Zeugen erhärtet worden. Es gibt Gegenden, wo schon Kinder von 7 bis 8 Jahren auf dem Lande helfen müssen. Redner führt einzelne Fälle von Kinderausbeutung an. Bedauerlich ist es, daß auf dem Lande immer die Geislichen die Waisenträte sind, denen die Aufsicht über die Kinder übertragen wird. Die Ausbeutung wird systematisch betrieben. Die Genossen, die in den Gemeindevertretungen sitzen, müssen vor allem dahin wirken, daß diese Ausbeutung aufhört, daß die Kinder wirklich erzogen und nicht den Pfaffen überliefert werden. (Beifall.)

Kohls-Karlstraße: Ich halte die Annahme der Resolution gleichfalls für nötig. Die Fälle von Kinderausbeutung sind viel zahlreicher, als man glaubt, und die Genossen, die als Krankenkassenkontrolloren oder in ähnlicher Stellung tätig sind, sollten derartige Fälle feststellen und veröffentlichen. (Sehr richtig!)

Singer: Die Resolution enthält ja eigentlich keinen Antrag an den Parteitag, sondern nur eine Aufforderung an die Parteigenossen. Es genügt also wohl, wenn wir der Resolution beitreten und die Genossen auffordern, in ihrem Sinne zu handeln. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt im Sinne der Anregung von Singer. Die nächste Gruppe von Anträgen besteht aus den Anträgen 29, 32, 33, 39, 40, 44, 74, 86, 95, 97, 98, 99, 101, 111, 175. Hier von werden nur unterst. folgt die Anträge: 88, 89, 98 und 175.

Zu diesem Antrage ist noch ein Amendement eingegangen: statt 2000 M. zu sagen 2400 M.

Die Anträge 88 und 89 begründet

Fraut - Mannheim: Zweifellos haben auch die Leiter der Organisationen ein Recht auf die Parteikorrespondenz. Es würde sich empfehlen, dem Antrage Rechnung zu tragen.

Ebert: Der Parteivorstand beschäftigte sich bereits mit der Frage. Er ist bereit, in Zukunft auch den Leitungen der Ortsvereine die Parteikorrespondenz zuzustellen. Den Antrag 88 dagegen bitte ich abzulehnen. Es ist nicht zweck-

mäßig, die Korrespondenz im Abonnement abzugeben; dann würde die gegnerische Presse über die Korrespondenz herfallen. Diese müßte erwidern und sie würde dadurch einen mehr polemischen Charakter erhalten und sich so allmählich zu einer Zeitung auswachsen. Das wollen wir verhindern.

Die Anträge 88 und 89 werden zurückgezogen.

Zur Begründung des Antrages 98 bemerkt

Ziele-Galle: Die Funktionen des hier verlangten Parteiausschusses sollen nur administrative sein. Eine gründliche Aussprache ist bei unserer Geschäftslage unentbehrlich. Ich ziehe den Antrag deshalb zurück, zumal da mir zugesichert ist, daß der Parteivorstand, wo es notwendig ist, mit einzelnen Gruppen Konferenzen abhalten will.

Schrader-Desnabrück befragt den Antrag 175. Seit der Festsetzung der Gehälter der Provinzial- und Landesparteisekretäre sind zwei Jahre verfloßen. Wir haben nun die Erfahrung gemacht, daß es sehr schwer ist, zu dem jetzigen Gehalt geeignete Personen zu bekommen. Es müssen vielfach Genossen aus besser dotierten Stellungen geholt werden. Diesen muß natürlich das Gehalt bezahlt werden, das sie bis dahin bezogen haben. Jetzt ist das nicht möglich, da der Parteivorstand durch den Bremer Beschluß gebunden ist. Für das Amendement bin ich für meine Person bereit zu stimmen.

Bebel: Ich kann selbstverständlich nicht im Namen des Parteivorstandes reden, da er keine Gelegenheit hatte, sich mit der Frage zu beschäftigen. Ich bitte aber dringend, nicht jetzt schon wieder Änderungen vorzunehmen. Ich gebe gern zu, daß häufig der Fall eintreten kann, daß man für 2000 M. nicht den geeigneten Mann bekommen kann, aber dann muß die Organisation selbst einen entsprechenden Zuschuß geben. (Sehr richtig!) Daß, falls der Gewählte in seiner früheren Stellung ein höheres Gehalt hatte, ihm das gleiche bezahlt wird, halte ich für selbstverständlich und ich bin nicht wenig überrascht gewesen, aus den Ausführungen des Genossen Leinert entnehmen zu müssen, daß man in Hannover anders gehandelt hat. Aber mit Rücksicht darauf, daß wir noch gar nicht wissen können, wie groß die Zahl der Sekretäre werden wird, bitte ich Sie, den Antrag in seinen ersten beiden Teilen anzunehmen, aber den letzten Satz zu streichen. Es wird überhaupt einmal notwendig sein, auf den Gehalt der Gehaltsfrage eine gewisse Ordnung und Regelung zu schaffen. Man hält ein Anfangsgehalt von 2000 M. für zu niedrig. Der Verein Arbeiterpresse fordert aber ein Minimalgehalt von 1800 M. Es geht nicht, daß solche Differenzen vorhanden sind. Der Parteivorstand muß sich einmal mit den verschiedenen Organisationen in Verbindung setzen, um etwas Einheitliches zu schaffen. (Sehr richtig!) Dieselbe Verschiedenartigkeit besteht auch in bezug auf die Zeiträume, innerhalb deren die Gehaltserhöhung eintreten soll. Der Verein Arbeiterpresse fordert eine Erhöhung von zwei zu zwei Jahren. In Berlin haben wir eine Erhöhung von drei zu drei Jahren beschlossen und hier wird alljährlich eine Erhöhung gefordert. Das muß einmal ausgeglichen werden. Der Parteivorstand wird dazu übergehen müssen, eine Gleichheit auf diesem Gebiete herbeizuführen. Nehmen Sie also die ersten Sätze an. Uebertreiben Sie das übrige den Vorstände als Anregung.

Das Amendement wird abgelehnt. Die ersten Sätze des Antrages werden angenommen, der letzte Satz abgelehnt. Noch nicht erledigt ist der Antrag 43, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Singer teilt das Wahlergebnis mit. Bei der Wahl des Vorstandes wurden abgegeben 322 Stimmzettel. Davon waren 350 gültig und zwei ungültig. Von den gültigen Stimmen entfielen als Forstigen auf Bebel 350 Stimmen, als Vorsitzenden auf Singer 349 Stimmen, als Kassierer auf Gerlach 350, als Sekretär auf Ebert 344 Stimmen als Sekretär auf Auer

343 Stimmen, als Sekretär auf Wollenbuhr 342 Stimmen, als Sekretär auf Pfannkuch 329 Stimmen, als Sekretär auf Müller 248 Stimmen, als Sekretär auf Pieß 89 Stimmen, als Sekretär auf Mattutat 28 Stimmen, als Sekretär auf Hug 15 Stimmen, als Sekretär auf Keil 1 Stimme. Es sind demnach gewählt: Zu Vorsitzenden: Nebel und Singer, zum Kassierer Gerick, zu Sekretären Kuer, Ebert, Pfannkuch, Wollenbuhr und Müller.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 352 Zettel abgegeben. Davon waren 342 gültig und 10 ungültig. Gültige Stimmen wurden abgegeben für: Bod-Gotha 317, Raden-Dresden 316, Zeiss-Stuttgart 294, Ehrhart-Ludwigshafen 278, Bröhne-Frankfurt a. M. 271, Ernst-Berlin 259, Könen-Hamburg 257, Wed-Offenburg 194, Braun-Königsberg 128, Kleemann-Beipzig 113, Ulrich-Offenbach 76, Sachs-Bochum 73, Kühn-Bangenhäuser 68, Meiß-Röhl 51, David-Rainz 49, Schmidt-Berlin 33, Gemehr-Elberfeld 34, Brey-Gannover 30, Hildenbrand-Stuttgart 29, Stolten-Hamburg 29, Herbert-Stettin 27, Köhle-Strasbourg 25, Bömelburg-Hamburg 24, Thiele-Galle 18, Hug-Wart 18, Schütz-Dreslau 18, Stubbe-Hamburg 18, Hue-Essen 8, Dittmann-Frankfurt 7, Mattutat 5, Rudolf 1, Scheidemann 1.

Es sind demnach Bod, Raden, Zeiss, Ehrhart, Bröhne, Ernst, Könen, Wed und Braun zu Mitgliedern der Kontrollkommission gewählt worden. Die Kontrollkommission hat die bisherigen Mitglieder des Parteivorstandes Ehrhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin wiedergewählt.

Damit ist die Parteileitung konstituiert. Eingegangen ist ein Begrüßungsschreiben des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London. Die Gesandte des Parteitages sind erlebte.

Singer: Werte Genossen! Ich bin überzeugt, daß ich im Stimm aller Delegierten spreche, wenn ich zunächst unseren Mannheimer Genossen, die bis zuheren Arrangements für den Parteitag getroffen und während den Verhandlungen schwere anstrengende Arbeit geleistet haben, unseren wärmsten Dank ausspreche. (Beifall.) Die Genossen haben diese Arbeiten in so erfreulicher Weise verrichtet, daß es uns möglich war, in diesem schönen Raume unsere Verhandlungen fortzusetzen. (Lebhafte Beifall.) Vor allem danke ich Dreesebach, der, kaum von schwerer Krankheit genesen, mit Energie und Eifer sich an diesen Arbeiten beteiligt hat, um den Parteitag nach außen hin würdig zu gestalten. (Beifall.) Wir müssen diese Arbeit um so höher zu schätzen, als wir uns ja alle herzlich gefreut haben, als die Nachricht von seiner Genesung an uns gelangt ist. (Erneuter Beifall.) Unsern Dank bringe ich auch dem Meister Reichert und seiner Sängerschaft sowie dem gesamten Komitee für den prächtigen, allen Teilnehmern unergänglich bleibenden Empfangabend dar, und auch die Heidelberger Genossen, deren Bemühungen wir den schönen Nachmittags verbanden, sind in diesem Dank einbegriffen. (Lebhafte Beifall.) Ich danke namens des Parteitages aber auch unserer Reuerekommission, die mit Umsicht und Fleiß in zeitraubender Arbeit dem Parteitag gute Dienste geleistet hat, obwohl die Genossen dadurch darauf verzichten mußten, einem großen Teile der Verhandlungen beizuwohnen. (Beifall.)

Genossen! Wenn ich, wie stets, einen Rückblick auf unsere Verhandlungen werfe, so möchte ich an der Spitze meiner Bemerkungen der Freude darüber Ausdruck geben, daß wir diesmal einen so zahlreich besuchten Parteitag gehabt haben. Der Mannheimer Parteitag war seit Halle am stärksten besucht. Es waren 409 Teilnehmer und 26 Gäste anwesend. (Ordo!) Wir dürfen zurückblicken sein mit den Arbeitern, die in der „roten Woche“ in Mannheim geleistet wurden. Wir haben unsere Verhandlungen erstreckt über eine Reihe der für das Proletariat, für die Arbeiterklasse Deutschlands wichtigsten Fragen. Zum ersten Male hat ein deutscher Parteitag die Fragen der Volkserziehung ausführlich behandelt. Wir haben in den beiden inhaltreichen und formvollendeten Referaten die Forderungen

festlegen hören, welche die Partei für die Volkserziehung aufstellt, und wenn wir auch nicht dazu gekommen sind, im einzelnen diese Forderungen zu diskutieren und zu erledigen, so haben wir doch durch die Einlegung des beantragten Bildungsausschusses bewiesen, daß es uns ernst ist mit der Behandlung dieser Angelegenheit und daß wir entschlossen sind, das, was möglich ist, an finanzieller und moralischer Unterstützung für die Agitation auf diesem Gebiete zu leisten. (Sehr richtig!) Durch diesen Beschluß ist das Arbeitsgebiet der Sozialdemokratie erweitert und vertieft worden. Ich habe die Ueberzeugung, je mehr wir auf diesem Gebiete leisten, je mehr wir die Kinder und die Jugend mit dem großen heiligen Gedanken des Sozialismus erfüllen, desto mehr dienen wir unserer Sache, und desto eher wird der Tag kommen, an dem die Stunde der Befreiung für das Proletariat schlägt. (Lebhafte Beifall.)

Wir haben die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug erörtert. Die Annahme der Trefen unseres Referenten bedeutet, daß wir mit den von ihm vorgetragenen Grundsätzen durchaus einverstanden sind.

Wenn es eine Partei gibt, die es notwendig hat, endlich einmal auf diesem Gebiete der Kultur eine Stätte zu weihen, zunächst einmal durch ihre Forderungen, dann ist es die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesellschaft kann mit den Strafgesetzen, die sie sich geschaffen hat, zufrieden sein. Sie wird davon nur insoweit betroffen, als es sich in der Tat um wirkliche Vergehen und Verbrechen handelt. Wir aber, die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse, wir stehen unter dem Schwert einer Justizgesetzgebung, welche danach strebt, sich in den Dienst der herrschenden Gewalten, in den Dienst der Reaktion zu stellen. Unter Vermittelung der Justiz, bemüht, uns zu bekämpfen und zu vernichten, während doch die Justiz dazu dienen sollte, allen Bürgern Schutz zu gewähren, ist die bürgerliche Gesellschaft bestrebt, der Sozialdemokratie ihre Betätigung, den Kampf für Recht und Freiheit, zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor allem aber — und ich bin überzeugt, das dürfte die Empfindung des ganzen Parteitages sein — waren die Verhandlungen über den Massenstreik und über das, was sich daran knüpfte, von der aller höchsten Bedeutung. (Sehr wahr!) Ich kann mit Freude und Stolz konstatieren, daß ein revolutionärer Geist durch alle diese Ausführungen geweckt hat und der Drang nach Einigkeit, die Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse in allen ihren Organisationen gemeinsam vorgehen mußte, daß keine Meinungsverschiedenheiten über die eigentlichen Forderungen bestehen dürfen, diese einmütige und eindringliche Betonung sollte, wie ich glaube, den Gegnern zum Bewußtsein gebracht haben, daß Partei und Gewerkschaft zu einander stehen, daß sie sich nicht auseinanderbringen lassen, nicht von außen, aber auch nicht von innen. (Lebhafte und stürmischer Beifall.) Das mögen die Anarchosozialisten sich merken. (Sehr gut!) Die Wünsche der Gegner in bezug auf den Mannheimer Parteitag sind getrübt worden, die Hoffnungen der Genossen, die in der Gemeinschaftlichkeit aller Gruppen der Arbeiterbewegung den Erfolg verblüht sehen, sind erfüllt. (Lebhafte Beifall.)

Parteilgenossen, wie der Rhein und der Neckar in den großen mächtigen Strom, den Rhein, fließen, so sind auch Partei und Gewerkschaft Arme des einen großen Stromes, in dem sie sich zusammenfinden, Arme der proletarischen Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) So wie die beiden Flüsse zusammen kommen und schließlich zu einem einzigen mächtigen Strom werden, so kommen auch die Gewerkschaften und die politische Partei stets zusammen, wo es sich um die Interessen der Arbeiterklasse, um die Interessen des Proletariats handelt. Wir können über einzelne Fragen verschiedener Meinung sein, wir können in einzelnen Fragen noch so lebhaft uns bekämpfen, aber in

dem Augenblick, wo es uns zum Bewußtsein kommt, daß es sich um die großen Güter der Befreiung der Arbeiterklasse handelt, in dem Augenblick steht der politische Parteigenosse mit dem gewerkschaftlich organisierten Schulter an Schulter. (Lebhafter Beifall.) Das ist es, was diesem Parteitag die Weihe gibt. (Sehr richtig!)

Dies einmütige Zusammenstehen, dies brüderliche Verständnis, das Bestreben jedes einzelnen, auf diesem Parteitag es nicht zu Streit kommen zu lassen, die Auffassung, daß wir alle wissen, daß wir zu einander halten müssen, daß wir die einzelnen Wünsche einschränken müssen, daß vor allem Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig ist, um unser Endziel zu erreichen, aber auch um den Tageskampf führen zu können — das ist es, was diesen Parteitag auszeichnet, was ihm seine hohe Bedeutung verleiht. (Beifall.) So darf ich sagen, daß der Mannheimer Parteitag unvergänglich eingegraben steht in der Geschichte der Partei und der Gewerkschaften als Ausgangspunkt, von dem aus diese beiden gewaltigen Arbeiterorganisationen gemeinsam und einig kämpfen werden, bis das Ziel der Befreiung des Proletariats aus dem Doppelschloß der politischen Rechtslosigkeit und der ökonomischen Unterdrückung erreicht ist (Stürmischer Beifall.)

Bis dahin aber heißt es: Arbeiten, Organisieren und Agitieren, das sind unsere nächsten Aufgaben. Alle unsere Beschlüsse, all die Auffassungen, die wir zum Ausdruck gebracht haben, die Unentschiedenheit, mit der wir alle betont haben, daß wir uns unsere Rechte, namentlich das Wahlrecht und das Koalitionsrecht nicht rauben oder schmälern lassen, sondern daß wir alles daran setzen werden, sie uns zu erhalten — ich sage, diese Beschlüsse können so lange nicht ausgeführt werden, bis nicht die ganze gewaltige Arbeiterklasse Deutschlands zusammengeführt ist in den Gewerkschaften und den politischen Organisationen. (Lebhafter Beifall.)

Da haben wir noch ein gutes Stück Arbeit vor uns. Diese Arbeit wollen wir leisten. Sie muß geleistet werden, wenn wir zum Ziele kommen wollen, und für diese Arbeit wird auch der Mannheimer Parteitag ein Ansporn sein. Die Verhandlungen werden von der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands mit Entsetzen gelesen werden, sie werden aber von der Arbeiterklasse und dem organisierten Proletariat aller Länder mit stolzer Freude gelesen werden. (Lebhafte sehr richtig!) Der Erfolg unserer Verhandlungen wird der sein, daß, wenn die Delegierten zu Hause Bericht erstatten, sie von den Genossen freudig empfangen werden und ihnen das Versprechen entgegengebracht wird, im Sinne und Geiste unserer Beschlüsse zu handeln. (Beifall.)

Das ist unsere Aufgabe, eine Aufgabe, die hoffentlich ihre Früchte schon recht bald tragen wird, schon im Jahre 1908, wenn das Volk zu den Wahlen aufgerufen wird. Bei den nächsten Wahlen werden wir sehr schwere Kämpfe zu bestehen haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das gesamte Bürgerturn, wenn es vielleicht auch bei der ersten Wahl sich in seinen Interessen durch besondere Kandidaten vertreten läßt, da, wo es sich handelt um die Entscheidung zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten, einig und geschlossen gegen die sozialdemokratischen Kandidaten auftreten wird. (Hört! hört!) Das wissen wir und es ist gut, daß wir es wissen. Denn wir wollen uns nicht in falschen Hoffnungen wiegen. (Sehr richtig!)

Aber weil wir das wissen, erwacht uns die dringende Aufgabe, unsere Organisationen zu stärken und alles zu tun, um bei den nächsten Wahlen der Dreimillionenpartei eine große Anzahl neuer Anhänger hinzuzufügen. (Lebhafter Beifall.) Namentlich soll diese Aufgabe gewidmet sein den Arbeitern. Die Arbeiter sollen aufgeklärt, sie sollen belehrt und ihnen klar gemacht werden, daß die einzige Partei, auf deren Unterstützung sie zu rechnen haben, die ihnen Rechte erkämpft und die vorhandenen Rechte erhält, die Sozialdemokratie ist. (Lebhafter

Beifall!) Das ist die Aufgabe, die wir für die nächste Wahl zu erfüllen haben. Für diese Aufgabe werden auch die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages von großer Bedeutung sein. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir froh und zufrieden von diesem Parteitage uns trennen, wenn wir unseren Mannheimer Brüdern beim Abschied die Hand drücken, wollen wir auch damit zugleich besiegeln, daß wir es für unsere Pflicht halten, im Sinne der Beschlüsse zu wirken und zu handeln. (Lebhafter Beifall.) Wir besiegeln dieses Versprechen, indem wir wie immer ausrufen: Die deutsche Sozialdemokratie, die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen, stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und singen den ersten Vers der Arbeiterpartei-Liede.

Singer: Ich schließe den Parteitag.

Schluß um 9 1/2 Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Badenweiler. Genossen in der Heilstätte Friedrichshelm. — Berlin. Engerer Kreis blinder Genossen. — 4 Dachdecker vom Bau Bismarckstr. 115. — Einige Genossen der zentralisierten Gewerkschaften. — Verband der freien Gast- und Schankwirte. — Klaffenbeuhöte Zimmerer des Zentralverbandes, Jähskette Berlin. — Bremen. Genossen bei Greve. — Bruchsal. Arbeiter bei Kegel. — Budapest. Baumgarten. — Parteileitung der Sozialdemokratie Ungarns. — Genf. Ausländisches Komitee der armenischen sozialdem. Organisation. — Zentralkomitee des Allgem. Südböhm. Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland. — Graskitz. Graskitzer und Klagenfurter Genossen. — Großbreitenbach. Wahlverein. — Hannover. Niesfeld. Freie Kähler Wiesburgs. — Heidungsfeld. Genossen. — Ingolstadt. Sozialdemokratischer Verein. — Johannegeorgenstadt. Genossen des 21. südl. Wahlkreises. — Kralau. Jüdische sozialdemokratische Arbeiterpartei Golljens. — Lamprecht. Die streikenden Weber. — Leimen. Sozialdem. Verein. — London. Kommunistischer Arbeiter-Erziehungs-Verein. — Friedrich Leyner. — Lorich. Genossen. — Luzernburg. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Luzernburgs. — Mailand. Zum XV. Welt-Friedenskongreß anwesende Genossen. — Moschendorf. Pol. Einige Porzellanarbeiter. — Nürnberg. Genossen von Richtenhof-Nürnberg. — Paris. Auswärtiges Bureau des russischen Bauernbundes. — Deutscher sozialdemokratischer Leseklub. — Parti socialiste revolutionnaire russe. — Pirmasens. Arbeiter der Schuhfabrik Rheinberger. — Rom. Italienische sozialistische Partei. — Rotherburg a. T. Sozialdemokratischer Verein. — Sant Johann. Vaterlandlose Gesellen der Heilstätte Sonnenberg. — Sofia. Sekretariat der sozialdemokratischen Arbeits-Union. — Spenge. 1000 im Lohnkämpfe stehende Kohlenarbeiter. — Stettin. Grabow. Ortsverwaltung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter. — Teltam. Wahlverein. — Weibern. Generalversammlung des Arbeiterjüngerbundes Rhehlands. — Waldbütt. Genossen. — Warschau. Parteileitung der Sozialdemokratie Polens und Litauens. — Weizensels. Paul Kegel. — Wismar. Konferenz der sozialdemokr. Stadtverordneten Mecklenburgs. Wittslingen. Javer Graf, Schuhmacher in Roedingen-Schwaben.